Die Frau und die Uebergangswirtschaft.

Von Hannah Brentano.

Für die Zeit nach Friedensschluß*) muß Vorsorge getroffen werden, um die heimkehrenden Männer sowohl als die Frauen, die aus den Kriegsbetrieben entlassen werden, vor der Erwerbslosigkeit zu schützen. Das wird in erster Linie zu beachten sein bei der Demobilisierung. Es steht schon fest, daß die Demobilisierung nicht mit einem Male, sondern gruppenweise erfolgen wird. Dabei wird jedenfalls besondere Rücksicht genommen werden auf die Lage des Arbeitsmarktes; es wäre in Betracht zu ziehen, daß z. B. eine Massenrückkehr der Männer in die Industriezentren die Arbeitsvermittlung ungemein erschweren würde.

Bei der Ausschaltung der Frauen aus der Kriegsarbeit ist stark auf ihre sozialen Verhältnisse zu schauen. Sie dürfen nicht wahllos entlassen werden, sondern es sind zuerst diejenigen fortzuschicken und durch die heimkommenden Männer zu ersetzen, die gleich wieder in die Familie oder in ihren früheren Beruf zurückkehren können. Die anderen sind eine festgesetzte Zeit hindurch noch weiter in der Arbeit zu belassen. Während dieser Zeit können die notwendigen männlichen Arbeiter gesucht und angelehrt werden, z. B. wo es sich um die Anstellung von Invaliden handelt, die ihren früheren Beruf nicht mehr ausüben können und einen anderen erlernen müssen. Inzwischen sind die Frauen, denen der Termin ihrer Entlassung etwa drei Monate vorher bekanntzugeben ist, verpflichtet, sich nach anderen Erwerbsmöglichkeiten umzusehen. Die Allgemeinheit hat ihnen dabei durch eine großzügige Arbeitsvermittlung zur Seite zu stehen.

Für jene Frauen aber, die trotz aller Vorsichtsmaßnahmen für eine Zeit arbeitslos dastehen, müssen Notstandsaktionen geschaffen werden. Es könnte vielleicht auch eine Arbeitssteilung zwischen ihnen und den wieder angestellten Männern eintreten, ein Halbtagsschichtwechsel oder eine Verteilung der Arbeit je nach den Fähigkeiten.

Selbstverständlich muß nach dem Kriege der gesetzliche Arbeiterinnenschutz, der jetzt ganz ausgeschaltet werden mußte, wieder voll einsetzen, wodurch die schwerste Schädigung der Frauenarbeit ohneweiters aufhören wird. Natürlich darf den Reservistenfrauen der staatliche Unterhaltsbeitrag, der ihnen jetzt ausbezahlt wird, nicht plötzlich entzogen werden, sondern auch da muß ein allmählicher Abbau stattfinden, und natürlich können wir an einen durchgreifenden Abbau der

*) Vergl. die Ausführungen der Verfasserin in der Beilage zur Nummer der „Reichspost“.

Frauenarbeit nur denken, wenn gleichzeitig ein Abbau der jetzigen Lebensschwierigkeiten erfolgt.

Ein Kapitel für sich bildet die Verhinderung der Erwerbslosigkeit durch Schaffung von Möglichkeiten zur Gründung eines Hausstandes. Hierbei käme in erster Linie die Kolonisation in Betracht. Bei der Verleihung von ländlichen Kriegerheimstätten nämlich wären nicht nur Familienväter zu berücksichtigen, sondern auch die heimkehrenden ledigen Krieger, wenn sie für Landwirtschaft Verständnis und Neigung haben und auf der Heimstatt einen eigenen Hausstand zu gründen gewillt sind. Ebenso könnte jenen Mädchen, die gern aufs Land hinaus heiraten würden, jetzt schon die Möglichkeit geboten werden, ihre Ersparnisse in der Weise anzulegen, daß sie als Anzahlung auf eine Kriegerheimstätte gelten und einen Teil des Betriebskapitals ergeben. Familienmüttern, die ebenfalls gern in den Besitz einer Kriegerheimstätte kämen, z. B. um mit ihrem kränklich aus dem Felde heimkehrenden und für die Stadtarbeit nicht mehr tauglichen Manne dort zu hauen, wäre die gleiche Begünstigung bei Anlage ihrer Ersparnisse zu gewähren. Die Vorteile, welche einer großzügig durchgeführten Organisation entspringen, bestehen außer in der Versorgung eines Teiles der Erwerbslosen erstens in der Zuführung zum gesunden Landleben, zweitens in der Besiedelung und Bewirtschaftung mancher wegen Arbeitermangels nicht intensiv genug kultivierten Landesstriche, drittens in der Durchführung einer Bevölkerungspolitik auf legitimer Grundlage.

Die Gründung von Haushaltungen zu fördern, ist auch Aufgabe der christlichen Frauenorganisationen. Sie können das einestheils, indem sie ihre Nothstandsaktionen auf dieses Ziel einstellen, andererseits aber, indem sie in den Kreisen ihrer Mitglieder mehr als je den Geist der Mütterlichkeit, Fraulichkeit zu verbreiten suchen, die hohe Bedeutung der Familie, die Größe des Mutter- und Hausfrauenberufes betonen. Die Selbständigkeit, die den jungen Mädchen gerade während des Krieges zuteil geworden ist, und die günstige materielle Lage, welche viele von ihnen erringen konnten, vielleicht auch die traurigen Erfahrungen, die so manche andere mit einer Kriegstraumung machen mußte, haben in unseren Mädchentreisen eine gewisse Heiratscheu Platz greifen lassen, die etwas Ungefundenes und Unnatürliches an sich hat und durch welche auch das Allgemeinwohl leiden könnte. Sie in richtiger Weise zu bekämpfen, ist Pflicht der reifen, mütterlich empfindenden Frau. Den christlichen Frauenorganisationen wird aber auch ein Hauptanteil an der Fürsorge für die Frauen des Mittelstandes zufallen. Wenngleich manche der Schutzmaßnahmen, die hier besprochen wurden, wie den Arbeiterinnen so auch den berufstätigen Frauen des Mittelstandes zugute kommen werden, so bedürfen diese doch noch einer besonderen Art der Fürsorge, wie sie schon bald nach Kriegsausbruch eingeleitet hat, z. B. in den Beratungsstellen für Offizierswitwen, in der Berufsberatung, der Abhaltung verschiedener Kurse zur Ausbildung für einen bestimmten Beruf, in der Erschließung neuer Frauenberufe und der Fachschulung für dieselben. Diese Fürsorge sollte möglichst bald bedeutend erweitert werden. Die Organisationen sollten vor allem immer eindringlicher aufmerkzaam machen auf die neuen sozialen Berufe, die als weibliche Berufe bezeichnet werden dürfen, da sie den Mütterlichkeitsstimm des echten Weibes in Anspruch nehmen und ihm Gelegenheit geben, sich in richtiger Form zu betätigen. Hierher gehören die Berufe der sozialen Fürsorgerin, der Fabrikpflegerin, Gewerbe- und Wohnungsinspektorin, Polizeiassistentin, der Gemeindegewerkschaftsleiterin, der Säuglingspflegerin und Berufsberaterin, der Leiterin verschiedener Fürsorge- und Wohlfahrtsanstalten und auch der Vereinssekretärin, ein Beruf, der bei uns noch viel zu wenig tüchtige Vertreterinnen hat. Es muß in Frauenkreisen selbst das Verständnis für die Wichtigkeit, die Schönheit dieser Berufe noch viel mehr geweckt werden.

Ich habe in aller Kürze eine Reihe von Maßnahmen gestreift, die beim Abbau der Frauenarbeit angewendet werden könnten und sollten. Für einige von ihnen ist es vielleicht schon zu spät, für die anderen müßten die Vorarbeiten sofort, noch vor Friedensschluß beginnen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Staat, Gemeinden, Parlament und Organisationen müssen da Hand in Hand arbeiten. Es muß so bald als möglich eine offizielle Stelle geschaffen werden, die das große Sammelkapitel „Frauenarbeit“ ständig im Auge behält. Eine solche Stelle wäre ein Frauenamt, von dem die definitiven Richtlinien für den Abbau der Frauenarbeit ausgehen müssen. Das Frauenamt, das an das Ministerium für soziale Fürsorge anzugliedern wäre, hätte aus den Vertreterinnen der großen Frauenorganisationen aller Richtungen zu bestehen. Vorbedingung wäre, daß im Ministerium Sachreferentinnen für alle Frauenarbeitsgebiete angestellt würden.

Die Aufgaben des Frauenamtes wären: 1. Sammlung und Verarbeitung des statistischen Materials über die Erfahrungen der Frauenarbeit im Kriege, in Hinsicht auf die Brauchbarkeit der Frau in den verschiedenen Arbeitszweigen, in Hinsicht auf die Wirkungen, welche die verschiedenen Arbeiten auf die Gesundheit der Frau ausgeübt haben, in Hinsicht auf die Einträglichkeit und Aussichtslosigkeit des betreffenden Arbeitszweiges. 2. Aufstellung von Richtlinien für die Frauenerwerbsarbeit nach dem Kriege. 3. Stellungnahme zu allen Gesekentwürfen, welche die Lebensverhältnisse der Frauen und Kinder betreffen und Ueberwindung der Durchführung bestehender Schutzgesetze. 4. Ausarbeitung der Richtlinien für den Ausbau der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung. 5. Beratung und Aus-